

## DEUTSCHLAND

## MIGRATION

## Zahl neuer Flüchtlinge etwas gestiegen

Die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge in Deutschland ist leicht gestiegen. Im März reisten 14 976 in die Bundesrepublik ein – vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, wie das Bundesinnenministerium mitteilte. Im Monat zuvor waren es 14 289. Damit sind seit Jahresbeginn insgesamt 47 249 Asylsuchende nach Deutschland gekommen. Die Zahl der beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im März neu gestellten förmlichen Asylanträge lag bei 20 136 – das sind 39 839 weniger als im März des Vorjahres. (dpa)

## UNTERHALT

## Säumige Eltern kosten den Staat Millionen

Eltern, die ihren Unterhaltspflichten nicht nachkommen, kosten den Staat nach den bislang aktuellsten Zahlen gut 650 Millionen Euro pro Jahr. Nach einer von der Regierung geplanten Reform des sogenannten Unterhaltsvorschusses könnte die Summe demnächst noch höher liegen. Danach sollen 121 000 Alleinerziehende mehr als bisher Geld vom Staat erhalten, die zusätzlichen Kosten lägen bei etwa 350 Millionen Euro, sagte eine Sprecherin des Bundesfamilienministeriums in Berlin. (dpa)

## AUSLÄNDERAMT

## Abschiebehäft für Amri war aussichtslos

Eine Abschiebungshaft für den späteren Attentäter Anis Amri wäre nach Einschätzung eines Sachbearbeiters des Ausländeramts Kleve aus rechtlichen Gründen aussichtslos gewesen. Er habe sowohl die Möglichkeit für eine dreimonatige als auch für eine sechsmonatige Sicherungshaft geprüft, sagte der Inspektor des Kreises Kleve im Amri-Untersuchungsausschuss des Düsseldorf Landtags. Da Amris zahlreiche Identitäten ungeklärt gewesen seien und mehrere wenig kooperative Länder infrage gekommen seien, wäre vor Gericht eine fristgerechte Abschiebung nicht nachzuweisen gewesen. (dpa)

## ISLAMISCHER STAAT

## 69 Deutsche an Kampf beteiligt

204 Menschen aus Deutschland haben sich laut einem Bericht dem Kampf gegen die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) angeschlossen. Unter den nach Syrien und in den Irak ausgereisten Kämpfern seien 69 deutsche Staatsbürger, meldeten Medien unter Berufung auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken. Die meisten von ihnen schlossen sich demnach kurdischen Milizen an. (AFP)

## Stille Trauer und die Schuldfrage

- In Stockholm fühlt man sich nach Anschlag ratlos
- Warum konnte der Usbeke diese Tat begehen?

VON LENNART SIMONSSON  
UND JULIA WÄSCHENBACH, DPA

**Stockholm** – Für die meisten Stockholmer ist der Montag der erste Arbeitstag nach dem Anschlag. Gilberto Rodriguez hat seinen Hot-Dog-Wagen vor dem Kaufhaus Åhléns wieder geöffnet und verkauft Würstchen. Er hatte gerade eine Pause gemacht, als der Lkw am Freitag durch die Einkaufsstraße in das Kaufhaus raste und vier Menschen tötete. „Ich verstehe nicht, wieso jemand so etwas tut“, sagt Rodriguez.

Während der junge Verkäufer wie viele andere noch trauert, beginnen Kilometer vom Tatort entfernt, auf der anderen Seite des Wassers, im Reichstag schon die politischen Schuldzuweisungen. Denn der mutmaßliche Täter sollte abgeschoben werden. Doch der Usbeke tauchte unter – und setzte ganz Schweden am Freitag unter Schock.

„Dass eine Person mit einem Ausreisebescheid verschwinden und so ein Verbrechen begehen kann, ist ein Skandal“, wettet Jimmie Åkesson, der Chef der schwedischen Rechtspopulisten. In den Tagen nach dem Anschlag hatten sich die einwanderungskritischen Schwedendemokraten noch zurückgehalten. Doch dann wird bekannt, dass der 39-jährige Mann, der unter Terror- und Mordverdacht steht, schon im vergangenen Jahr das Land verlassen sollte. Wer die Verantwortung für die missglückte Abschiebung trägt, ist für Åkesson klar: die Regierung.

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 nahm Schweden gemessen an seiner Bevölkerungszahl mehr Menschen auf als jedes andere Land in Europa. Doch die hohe Zahl der Asylbewerber brachte das Land an seine Belastungsgrenze. Seit Anfang 2016 wird an der Grenze zu Dänemark am Öresund systematisch kontrolliert. Schweden, das meinen auch viele der regierenden Sozialdemokraten inzwischen, soll keine großzügigeren Aufenthaltsregeln mehr haben als andere EU-Länder.

Denn dass Abgewiesene untertauchen, ist kein Einzelfall. Nach abgelehnten Anträgen auf Aufenthalt oder Asyl sind nach Angaben der Grenzpolizei rund 12 000 Menschen nicht mehr auffindbar. Bis 2021 könnten es nach Schätzungen rund 49 000 sein.

Nach den Geschehnissen mahnt Schwedens Ministerpräsident Stefan Löfven eine konsequentere Abschiebepolitik an, wie sie auch in Deutschland nach dem Weihnachtsmarkt-Attentat von Berlin diskutiert wird. Der Täter Anis Amri war ebenfalls ausreisepflichtig, konnte aber nicht abgeschoben werden, weil die Behörden in seinem Heimatland die Papiere dafür zunächst nicht geschickt hatten. Wie Abschiebungen in Schweden künftig durchgesetzt werden sollen, ist so kurz nach der Tragödie aber noch unklar.

Bei der Gedenkfeier für die Anschlagopfer steht Löfven am Montag um kurz nach Mittag auf einem schmalen Podest, das Stockholmer Rathaus vor sich, das Wasser im Rücken. Ein kleines Schiff mit einer Schweden-Flag-



Nach der Tat stand die Trauer im Zentrum. Doch nun wird der Anschlag zum Politikum. Die Frage: Warum konnte ein Mann, der abgeschoben werden sollte, untertauchen? BILD: IMAGO

ge auf halbmast zieht hinter ihm vorbei. „Wir werden uns dem Terror nie ergeben“, sagt er. Kurz vorher, um Punkt 12 Uhr, hatte das Leben im ganzen Land für eine Minute stillgestanden. In Fast-food-Restaurants, an Bahnhöfen, in Fußballvereinen und an Universitäten, von Malmö bis Umeå. In der Einkaufsstraße Drottninggatan in Stockholm halten sich Jessica Rydell und ihre Teenager-Tochter in den Armen. Als alles plötzlich ganz still ist, wischt sich Rydell eine Träne vom Gesicht.

Mit gesenktem Blick unter breitkrempigen schwarzen Hüten gedenken auch der schwedische König Carl XVI. Gustaf und seine Frau vor dem Rathaus schweigend der vier Menschen, die ihr Leben verloren haben. Eine Belgierin, die im Urlaub in Stockholm war. Ein Engländer, der bei Spotify gearbeitet hatte. Eine Frau aus Westschweden. Und nach Medienberichten auch ein elfjähriges Mädchen, das auf dem Heimweg von der Schule war. Noch überlagert die Trauer um sie die Politik. Doch die Debatte um Abschiebungen brodeln unter der Oberfläche.

## In Zukunft mehr Terror-Anschläge

**Berlin** (dpa) Nach Ansicht des Terrorismus-Experten Peter Neumann muss sich Europa auf mehr Anschläge einstellen. „Ich glaube, dass der Islamische Staat mehr und mehr versuchen wird, die Anhänger im Westen zu aktivieren“, sagte der Wissenschaftler laut Medienberichten. Das bedeute aber nicht, dass man sich verrückt machen sollte, sagte der Leiter des internationalen Zentrums zur Erforschung von Radikalisierung (ICSR) am King's College in London. „Es wird nach wie vor nicht jeden Tag etwas passieren – man muss keine Angst haben, auf die Straße zu gehen.“ Aber die Menschen in Europa müssten eine realistische Einschätzung der Terrorgefahr haben, sagte Neumann. Die Behörden seien zwar gut vorbereitet auf die Terrorgefahr, aber es könne immer noch viel mehr getan werden. So müssten unter anderem die Kapazitäten erhöht werden.

## Arbeitsmigranten radikalisieren sich

VON EDDA SCHLAGER, N-OST

**Almaty** – Wie groß ist die neue Terrorgefahr aus Zentralasien tatsächlich? Die Frage drängt sich auf, nach zwei Anschlägen innerhalb einer Woche, an denen offenbar Täter aus Kirgistan und Usbekistan beteiligt waren: Für das Attentat auf die Metro in St. Petersburg soll ein junger ethnischer Usbeke aus Kirgistan verantwortlich sein, für den Anschlag in Stockholm ein 39-jähriger Usbeke aus Samarkand.

Tatsächlich haben sich dem IS, der Al-Nusra-Front und anderen islamistischen Gruppen in Syrien rund 4000 Kämpfer aus Zentralasien angeschlossen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Zentrums für Strategische Studien der US-amerikanischen Nationalen Verteidigungsuniversität vom Oktober 2016. Terroristen aus Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan machen demnach mehr als 17 Prozent aller der auf mehr als 20 000 geschätzten ausländischen Kämpfer innerhalb gewalttätiger extremistischer Gruppen in Syrien und im Irak aus. Rund 68 Millionen Menschen leben in der Region zwischen

„Vieles weist darauf hin, dass die Frustration über die Unterdrückung durch Arbeitgeber, der tägliche Rassismus und die Angst vor Polizeigewalt zu Islamismus führen.“

Yan Matusевич, Zentrum zur Entwicklung von Migrationspolitik in Wien

Russland und Afghanistan, der überwiegende Teil sind Muslime. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebte der Islam hier einen Aufschwung, gilt aber als moderat. Noah Tucker, der für die George-Washington-Universität in Washington die Entwicklung des Islam in Kirgistan und Usbekistan untersucht hat, ist deshalb überzeugt: „Es gibt keinen zwingenden Zusammenhang, dass die wachsende Religiosität unter Muslimen in Zentralasien zu Radikalisierung führt.“

Eine Gemeinsamkeit allerdings haben die mutmaßlichen Täter von St. Petersburg und Stockholm: Alle haben auf der Suche nach Arbeit ihre Heimat verlassen. Bis zu zwei Millionen Gastarbeiter, vor allem aus Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan, leben dauerhaft in Russland. Allein im Jahr 2016 haben sie rund sechs Milliarden US-Dollar in die Heimat geschickt. Für die drei Länder sind die Arbeitsmigranten einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Dieses Geld sei „unter schwierigsten Bedingungen erarbeitet“, so Yan Matusевич vom Internationalen Zentrum zur Entwicklung von Migrationspolitik in Wien. „Vieles weist darauf hin, dass die Frustration über die Unterdrückung durch Arbeitgeber, der tägliche Rassismus und die Angst vor Polizeigewalt zu Islamismus führen.“ Noch sei nicht sicher, wo die Radikalisierung stattfindet – ob in Moscheen in Russland, über das Internet oder über islamistische Anwerber in den Heimatländern.

## Die Entmachtung des CDU-Generalsekretärs

Peter Tauber stand schon länger in der Kritik. Nun soll Peter Altmaier das zukünftige Regierungsprogramm erarbeiten

VON MARTIN FERBER

**Berlin** – Peter Tauber versuchte es mit einem Lächeln. Obwohl ihm wahrscheinlich überhaupt nicht danach zumute war. Denn der CDU-Generalsekretär musste nach der Sitzung des CDU-Bundesvorstands seine eigene teilweise Entmachtung bekannt geben – auch wenn er bei seinem Auftritt dieses Wort entschieden zurückwies. Schließlich sei er selber es gewesen, der Kanzleramtschef Peter Altmaier gebeten habe, sich „entscheidend“ in die Organisation des Wahlkampfes der CDU

einzubringen und „federführend“ das Regierungsprogramm der Partei zu erarbeiten. Dafür soll der Chef des Kanzleramts auch ein eigenes Büro im Konrad-Adenauer-Haus erhalten. Es sei doch schön, „wenn die CDU zwei Peter statt einen haben kann“, sagte er.

Doch der CDU-Generalsekretär konnte mit seiner Sicht der Dinge nicht überzeugen. Andere Teilnehmer der Bundesvorstandssitzung sprachen hinter vorgehaltener Hand von einer „Degradierung“ Taubers, der künftig keinen Einfluss mehr auf den Inhalt des Wahlprogramms haben wird. „Das hat es in der Geschichte der CDU noch nie gegeben, dass einem Generalsekretär fünf Monate vor der Bundestagswahl die Federführung über das Wahlprogramm entzogen wurde“, sagte ein führender Christdemokrat.

Peter Altmaier, der seit der Regierungsbildung im Dezember 2013 die Nachfolge von Ronald Pofalla antrat und als Kanzleramtsminister an den Schalthebeln der Macht sitzt, gilt als einer der engsten Mitarbeiter und Vertrauten von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Über seinen Schreibtisch laufen alle Gesetzentwürfe. Als er von der Regierungschefin zum Koordinator für die Flüchtlingspolitik ernannt wurde, galt dies als Entmachtung von Innenminister Thomas de Maizière.

Tauber dagegen tat sich schwer, im Amt des Generalsekretärs ein Profil zu entwickeln und den inhaltlichen Kurs der CDU zu bestimmen. Starke Worte waren im Gegensatz zu seinem CSU-Kollegen Andreas Scheuer seine Sache nicht, vielmehr stellte er sich ganz in den Dienst der Bundeskanzlerin. Nach

der überraschenden Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD nahm die Kritik an Tauber zu. Sowohl die bayerische Schwesterpartei als auch Teile der CDU stellten immer lauter die Frage, ob der Hesse noch der richtige Mann sei und wann die CDU endlich mit dem Wahlkampf beginne. Tauber jedoch verteidigte den Kurs der Kanzlerin, auf den Herausforderer von der SPD nur in homöopathischen Dosen zu reagieren und darauf zu setzen, dass sich der Hype um Schulz von selber erledige. Die Wahl im Saarland habe gezeigt, „dass man im richtigen Moment mit den richtigen Themen bei den Menschen sein muss“. Die heiße Phase der Bundestagswahl beginne erst im Sommer. So lange wollten Angela Merkel und ihre Getreuen wohl nicht mehr warten.



Lächelt weiter: Peter Tauber gibt sich trotz der Entmachtung entspannt. BILD: DPA